

**Datum**

9. Dezember 2022

**„Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit“ – ZdK-Präsidentin Stetter-Karp sieht Kirche in der Pflicht**

„Wohnen ist vielleicht die zentrale soziale Frage unserer Zeit.“ Mit diesen Worten hat Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), zur Eröffnung der ZdK-Vollversammlung in Berlin daran erinnert, wie prekär das Leben vieler Menschen geworden ist. Die Energiekrise verstärkte die Not massiv. Hohe Strom- und Heizkosten begleiteten die Gesellschaft ins Jahr 2023. „Als eine der größten Grundstücks- und Immobilieneigentümerinnen in Deutschland ist die Katholische Kirche selbst in der Pflicht, Antworten auf die dringliche Frage des Wohnens geben“, so die Präsidentin.

In dieser Lage sei die Einführung des Bürgergeldes zum 01. Januar 2023 ein wichtiges Signal. Für andere Probleme gebe es aber noch keine ausreichenden Lösungen. „Es bleibt herausfordernd, Menschen zu empoweren und ihnen eine existenzsichernde Grundsicherung zu garantieren, ohne gleichzeitig Neiddebatten Nahrung zu geben. Über das rechte Maß von fordern und fördern wird auch jenseits von Hartz IV weiter gestritten werden.“

Stetter-Karp ging auch auf die Folgen der Corona-Pandemie ein: In der Mitte November veröffentlichten Studie „Jugend in Deutschland“ zeige sich, dass die Nachwirkungen der Corona-Jahre auf die psychische Gesundheit junger Menschen nicht überstanden seien. „Junge Menschen beurteilen ihre Lebensqualität, die wirtschaftliche Lage oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt schlechter als vor sechs Monaten. Eine steigende Zahl junger Menschen gibt an, suizidale Gedanken zu haben – das muss Anlass zur Sorge sein.“

„Gleichzeitig sind es junge Menschen, die uns eindrucksvoll – und zumeist friedlich – zeigen, wie man sich engagiert und kompetent für Nachhaltigkeit und gegen den Klimawandel einsetzt“, sagte Stetter-Karp weiter. „Die Menschheit kann es sich nicht mehr leisten, die notwendigen Maßnahmen für die globale sozial-ökologische Transformation aufzuschieben. Wir müssen das 1,5-Grad-Ziel einhalten und aus allen fossilen Energieträgern aussteigen. Daneben braucht es einen starken Ausbau von erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff. Wir müssen in den Krisenmodus schalten und die fossile Sackgasse verlassen!“



Die Präsidentin ging auch auf die internationale Lage ein. Der Krieg in der Ukraine bedrücke ebenso wie die zunehmenden Konflikte um Menschenrechte weltweit. Im Iran kämpften viele Menschen um Freiheit und Demokratie. Dies verdiene alle Unterstützung. Friedensfragen und Menschenrechte würden das ZdK auch im Jahr 2023 beschäftigen: „Angesichts der Krisen weltweit hat sich die Zahl derjenigen, die nach Europa und auch Deutschland fliehen, in den letzten Monaten erhöht. Die Situation an den Außengrenzen auf dem Mittelmeer und der sogenannten Balkanroute ist unerträglich - in Meloni's Italien werden die Häfen für Rettungsboote gesperrt und eine europäische Lösung erscheint unerreichbar. *Push-Back* war das Unwort des vergangenen Jahres. Es ist eine humanitäre Bankrotterklärung des Friedenskontinents Europa, dass dieses Vorgehen noch immer praktiziert wird!“

Stetter-Karp kündigte die Befassung der Vollversammlung mit einer Reihe von Anträgen an, die sich neben den beschriebenen Krisen unter anderem mit ethischen Fragen nach Selbstbestimmung, sexueller Vielfalt und der Aufarbeitung und Prävention von sexuellem Missbrauch beschäftigen. Ein zentraler Punkt der Vollversammlung sei die Wahl von ZdK-Mitgliedern in den Synodalen Ausschuss, der künftig einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland vorbereiten soll.

Dr. Klaus Lederer, Bürgermeister in Berlin und Senator für Kultur und Europa, hatte zuvor in seinem Grußwort gesagt, „die Krise der großen Kirchen“ schade der ganzen Gesellschaft. „Kirchen als Institutionen sind wichtig, denn sie leisten einen immensen kulturellen Beitrag zum Zusammenhalt. Sie sind wichtig mit ihrem sozialen Einsatz für Menschen in Notsituationen, für die Schwachen unserer Gesellschaft.“ Schon deshalb müsse man sich „dieser Krise radikal und mit aller Offenheit stellen“, so Lederer. Er hoffe, „dass der angestoßene Prozess erfolgreich weitergeführt wird“.